



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale sind erfreut über das gute Resultat der Staatsrechnung 2011 – fordern aber Reformen zur Verbesserung der Wirksamkeit der Schuldenbremse
Für Rückfragen	Roland Fischer, Nationalrat, Tel. +41 79 422 76 60
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	30. Mai 2012

Grünliberale begrüßen das gute Resultat der Staatsrechnung 2011

Bereits Mitte Februar hat der Bundesrat die Staatsrechnung 2011 zur Kenntnis genommen und Ende März die Botschaft dazu an das Parlament verabschiedet. Heute hat der Nationalrat die Staatsrechnung 2011 sowie Nachtragskredite für das Jahr 2012 einstimmig genehmigt. Die Grünliberalen sind sehr erfreut über dieses gute Rechnungsergebnis und haben deshalb heute im Nationalrat sämtlichen Bundesbeschlüssen zur Genehmigung der Staatsrechnung zugestimmt.

Der Bundeshaushalt schliesst im Jahr 2011 in der Erfolgsrechnung mit einem Ertragsüberschuss von 2,1 Mrd. Franken ab. Damit liegt der Rechnungssaldo zwar rund 2 Mrd. tiefer als im Jahr 2010, jedoch um rund 3,3 Mrd. höher als budgetiert. Auch das ordentliche Ergebnis der Finanzierungsrechnung, welches für die Schuldenbremse relevant ist, zeigt mit einem Überschuss von 1,9 Mrd. ebenfalls ein sehr erfreuliches Resultat. Dieser Saldo liegt deutlich über dem gemäss Schuldenbremse zulässigen konjunkturellen Defizit von 450 Millionen, so dass ein struktureller Überschuss von 2,4 Mrd. resultiert.

Der konsolidierte Überschuss sämtlicher Staatsebenen (Bund, Kantone, Gemeinden und staatliche Sozialversicherungen) lag im Jahr bei 0,4 Prozent des BIP, die Schuldenquote bei 36,5 Prozent des BIP. Damit erfüllen Überschuss und Staatsschulden der Schweiz einmal mehr die so genannten „Maastricht-Kriterien“ der EU für die Staatshaushalte des Euroraums (3 Prozent für das Defizit und 60 Prozent für die Staatsschulden), während der Euroraum selbst mit einem Defizit von 4 Prozent und Bruttoschulden von 88,3 Prozent diese Kriterien nicht einhalten konnte.

Die Transparenz der Rechnungslegung, die Wirksamkeit der Schuldenbremse und die Effizienz der Aufgabenerfüllung muss verbessert werden

Die gute Verfassung des Bundeshaushalts nehmen die Grünliberalen zum Anlass, sich einige Gedanken über das System der Schuldenbremse und der Rechnungslegung zu machen. Damit soll jedoch nicht die Schuldenbremse in Frage gestellt oder aufgelockert werden; denn sie ist ein Erfolgsmodell. Es gibt jedoch einige Punkte, die aus Sicht der Grünliberalen verbessert werden könnten:

1. *Sonderrechnungen:*
Einige wichtige Bundeaufgaben werden heute über Sonderrechnungen abgewickelt, die nicht in den Geltungsbereich der Schuldenbremse fallen. Es handelt sich dabei um den Fonds für die Eisenbahngrossprojekte, der Infrastrukturfonds, der ETH-Bereich und die Eidg. Alkoholverwaltung. Diese werden mit regelmässigen Einlagen und teilweise – unter Umgehung der Schuldenbremse – mit ausserordentlichen Einlagen alimentiert. Mit der Führung von Sonderrechnungen ist ein erhebliches Mass an Intransparenz verbunden, das für die Grünliberalen so unbefriedigend ist.
2. *Kreditreste:*
Seit einigen Jahren werden die Voranschlagskredite nicht ausgeschöpft. Diese so genannten Kreditreste (rund 700 Mio. im Jahr 2011) sind jeweils zu einem wesentlichen Teil für die strukturellen Überschüsse im

Bundeshaushalt verantwortlich. Die Grünliberalen fordern deshalb den Bundesrat auf, in Zukunft die Ausgabenplafonds so festlegen, dass Kreditreste vermieden werden.

3. *Beratungsaufwand:*

In einzelnen Bundesämtern ist der Beratungsaufwand zu hoch. Die Grünliberalen erwarten, dass der Beratungsaufwand kritisch hinterfragt wird und die externen Aufwendungen auf das notwendige Minimum reduziert werden. Es ist zudem nicht sinnvoll, wenn in Bundesämtern ein grosser Teil der Bundesaufgaben durch externe Berater erfüllt wird. Ständige Aufgaben sind durch interne Mitarbeiter zu erfüllen. Dazu sind gegebenenfalls die entsprechenden Kompetenzen in der Bundesverwaltung aufzubauen und intern die Aufgaben zu priorisieren, um auch die Personalkosten im Griff zu halten. Für die Aufgabenerfüllung ständiger Aufgaben sind externe Berater in der Regel eher kostspieliger, als wenn die Aufgabe durch eigene Mitarbeiter erledigt wird.